

# Für das Leben – gegen Atomwaffen!

## Krefeld für den Atomwaffenverbotsvertrag

### Antrag laut §24 der Gemeindeordnung NRW: „Anregungen und Beschwerden“.

Bereits seit 2010 ist Krefeld Mitglied bei den "Mayors for Peace". Ziel dieses Zusammenschlusses von weltweit 7.392 Städten ist die Abschaffung aller Atomwaffen, da die Erfahrung von Hiroshima und Nagasaki gezeigt hat, dass insbesondere Städte die Ziele in einem Atomkrieg sein werden.

Unter intensiver Mitarbeit der "Mayors for Peace" wurde 2017 bei den Vereinten Nationen ein Vertrag verabschiedet, der Atomwaffen verbietet, wie es schon zuvor mit anderen Massenvernichtungswaffen geschehen ist. Nun muss dafür gesorgt werden, dass möglichst viele Staaten, insbesondere die Atommächte und Staaten mit "nuklearer Teilhabe", diesen Vertrag ratifizieren und umsetzen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat sich weder an der Ausarbeitung des Atomwaffenverbotsvertrages beteiligt, noch ist sie bisher bereit, als Staat mit "nuklearer Teilhabe" diesen Vertrag zu ratifizieren. Immer noch lagern ca. 20 Atomsprengköpfe in Büchel in der Eifel und müssten im Ernstfall durch die Bundeswehr zum Einsatz gebracht werden, obwohl der Bundestag bereits 2010 den Abzug beschlossen hat.

Die Stadt Krefeld könnte ihrem erklärten Ziel, ihre Bürger vor dem möglichen Einsatz von Atomwaffen zu schützen, durch einen deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ein gutes Stück näher rücken. Daher ist es für Krefeld der nächste logische Schritt, sich bei der Bundesregierung aktiv für die deutsche Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen.

**Die Unterzeichnenden dieses Antrags unterstützen die Initiative der Vereinten Nationen zur Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit für den Erhalt der Zivilisation und die Verbesserung menschlicher Lebensgrundlagen sowie als potentiellen Schritt zu internationaler Abrüstung und Entspannung.**

#### **Der Rat der Stadt Krefeld möge beschließen:**

- 1. Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.**
- 2. Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft bei „Mayors for Peace“ wird die Stadt mit anderen der Organisation angeschlossenen Städten zusammenarbeiten und die Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ aktiv unterstützen.**

Name	Adresse	Unterschrift

Begründung und Erläuterungen zum Datenschutz auf der Rückseite

**Ausgefüllte Anträge senden an: Ingrid Vogel, Voßdyk 21, 47803 Krefeld  
oder abgeben im: Eine Welt Laden, Westwall 62, 47798 Krefeld**

**Begründung:**

Atomwaffen gefährden die Existenz der Menschheit. Die Gefahren atomarer Bewaffnung sind durch die globale Zuspitzung zwischen den Atommächten USA und Russland verschärft. Trotz erheblichen Abrüstungsschritten im Zuge der Entspannungspolitik konnten bisher die Verbreitung und technische Weiterentwicklung dieser Massenvernichtungswaffen nicht gestoppt werden. Umso mehr ist der auf Ebene der Vereinten Nationen initiierte Prozess zu begrüßen. Die enormen finanziellen Mittel und gewaltigen Anstrengungen, welche die nukleare Hochrüstung erfordert, werden dringend zur Lösung der globalen Herausforderungen – der umfassenden Realisierung von Ernährung, Gesundheit und Bildung, also Frieden – benötigt. Das Ziel der Mayors For Peace ist u. a. die Solidarität mit anderen Städten, die die Abschaffung von Atomwaffen fordern.

Am 8. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in einem Rechtsgutachten festgestellt, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtswidrig sind. Im Oktober 2003 beschließen die Mayors For Peace die Kampagne „2020 Vision“, in der die Atomwaffenfreiheit bis zum Jahr 2020 gefordert wird.

Der damalige Bundesaußenminister Steinmeier verlangte im April 2009 den Abzug aller US Atomwaffen aus der BRD (Standort Büchel bei Cochem). Im Koalitionsvertrag von Oktober 2009 (Union und FDP) sagt die Bundesregierung zwar den Abzug der Atomwaffen zu, Bundeskanzlerin Merkel bricht diese Zusage, indem sie fordert, dass der Abzug nicht im Alleingang durchgeführt werde.

Im März 2010 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit, die Bundesregierung solle sich mit Nachdruck für den Abzug der US- Atomwaffen einsetzen. Immer mehr Menschen in aller Welt fordern einen Abzug/ die kontrollierte Vernichtung/ Nichteinsatz dieser geächteten Vernichtungswaffen. In der BRD sind das schon laut einer Forsa- Umfrage von März 2016 nahezu 93 % der Bevölkerung.

**An dieser Mehrheit darf kein Staat vorbeiregieren!****Erläuterung zum Datenschutz:**

Die Erfassung und Verarbeitung der von Ihnen auf diesem Formular angegebenen persönlichen Daten erfolgt durch das Krefelder Friedensbündnis ausschließlich für den umseitig beschriebenen Antrag. Am Ende der Kampagne werden die Antragsformulare der Stadt Krefeld übergeben. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.krefelder-friedensbuendnis.de/KIDD.html#datenschutz>